



Kurzbericht

über die 51. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 13. März 2019, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. a) **Änderung des Gesetzes des Landes über die Besoldung der Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter (Besoldungsgesetz Schleswig-Holstein - SHBesG)**

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/1210](#)

b) **Amtsbezeichnungen für Rechtspfleger ändern**

Antrag der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/1208](#)

c) **Funktionelle Zuständigkeiten in der Justiz neu regeln**

Antrag der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/1209](#)

Der Ausschuss nahm einen Bericht des Finanzministeriums zum Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 19/1210](#), sowie einen Bericht des Justizministeriums zu den Anträgen der Abgeordneten des SSW, [Drucksachen 19/1208](#) und [19/1209](#), entgegen. Er beschloss nach einer kurzen Aussprache einstimmig, die Berichte zur Kenntnis zu nehmen und die Vorlagen in einer späteren Sitzung erneut aufzurufen.

2. **Bericht der Landesregierung zur Vorbereitung eines Landesaufnahmeprogramms für 500 Flüchtlinge**

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 19/1001](#)

Der Ausschuss ließ sich vom Innenministerium über den Vorbereitungsstand des Landesaufnahmeprogramms informieren.

3. Bericht des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume und Integration über die Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf polizeirelevante Vorgänge in der Landesunterkunft Boostedt

Der Ausschuss nahm einen Bericht des Innenministeriums über die Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums und der Polizei seit September 2018 und Reaktionen auf jüngst vorgelegte Zahlen zu Straftaten in der Landesunterkunft und der Gemeinde Boostedt entgegen, an den sich eine Aussprache anschloss.

4. Schaffung eines „Modellprojekts Clearingstelle“

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Drucksache 19/1100](#)

Rechtssicherheit für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus schaffen

Alternativantrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/1196](#)

Schaffung eines „Modellprojekts Clearingstelle“

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Umdruck 19/2203](#)

Mit dem Einverständnis der jeweiligen Antragsteller empfahl der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Abgeordneten des SSW bei Enthaltung der AfD, die Alternativanträge, [Drucksachen 19/1100](#) und [19/1196](#), für erledigt zu erklären. Des Weiteren empfahl er gegen die Stimme der AfD mit den Stimmen der übrigen Fraktionen und des SSW dem Landtag, den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, [Umdruck 19/2203](#), zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

5. Rechtssicherheit beim Fotografieren in der Öffentlichkeit erhalten

Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/723](#)

Nach kurzer Diskussion empfahl der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von SPD, AfD und SSW, den Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/723](#), abzulehnen.

6. Durchführung der Wahl der Vertrauensleute für die Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/1221](#)

Entsprechend dem in Drucksache 19/1221 formulierten Plenarauftrag wählte der Ausschuss die Vertrauensleute und ihre Vertreterinnen und Vertreter für die Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter. Er nahm einstimmig den von den Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vorgelegten Wahlvorschlag, [Umdruck 19/2201](#), an.

7. Änderung des Strafgesetzbuches - Aufhebung von § 219 a StGB (Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft)

Alternativantrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/463](#) (neu)

Sachliche Information zu Schwangerschaftsabbrüchen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Drucksache 19/482](#)

Der Ausschuss empfahl dem Landtag in Übereinstimmung mit dem mitberatenden Sozialausschuss mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und SSW, den Alternativantrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 19/463](#) (neu), abzulehnen und den Alternativantrag der regierungstragenden Fraktionen, [Drucksache 19/482](#), anzunehmen.

8. Personalstruktur- und Personalmanagementbericht 2018 des Landes Schleswig-Holstein (Berichtsjahr 2017)

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 19/1136](#)

Einstimmig beschloss der Ausschuss, den Bericht zur weiteren Beratung den Fraktionen anzuempfehlen, und nahm ihn zugleich abschließend zur Kenntnis.

9. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/1273](#)

Der Ausschuss beschloss einstimmig, zu dem Gesetzentwurf der SPD, [Drucksache 19/1273](#), schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Um die Benennung der Anzuhörenden wird unter Beteiligung des mitberatenden Umweltausschuss bis zum 27. März 2019 sowie um Einreichung der Stellungnahmen bis zum 6. Mai 2019 gebeten.

10. Extremisten entwaffnen

Antrag der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/1316](#)
Alternativantrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/1331](#)

Der Ausschuss einigte sich darauf, zunächst keine schriftliche Anhörung zu den [Drucksachen 19/1316](#) und [19/1331](#) durchzuführen, sondern zuvor die Expertise des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtags einzuholen. Er bat ihn um die Erstellung eines gegebenenfalls in eine schriftliche Anhörung einzubeziehenden Gutachtens zu einer von Abg. Rossa gestellten Frage zur beschränkten Auskunftspflicht der Sicherheitsbehörden und dem sich daraus im Sinne der oben genannten Vorlagen eventuell ergebenden Handlungsbedarf.

11. Geschlechterparität in allen Parlamenten und Volksvertretungen

Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/1305](#)

Der Ausschuss befürwortete einstimmig den Vorschlag der Abg. Midyatli, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zur Konkretisierung möglicher Lösungsmodelle bezüglich der Geschlechterparität in Parlamenten einzurichten und die Ergebnisse in das weitere Beratungsverfahren im Ausschuss einzubringen.

- 12. Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes und des Landesverwaltungs-
gesetzes des Landes Schleswig-Holstein**
Gesetzentwurf der Volksinitiative zum Schutz des Wassers
[Drucksache 19/1092](#)

Dieser Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

- 13. Vorstellung der Beschlüsse der 32. Veranstaltung „Jugend im Landtag“ vom
25. November 2018**
[Umdruck 19/1739](#)

Der Ausschuss führte über die Beschlüsse der 32. Veranstaltung „Jugend im Landtag“ ein Gespräch mit Präsidiumsmitgliedern der Veranstaltung. Er nahm die Beschlüsse abschließend zur Kenntnis.

- 14. Verschiedenes**

Der Ausschuss bat den Sozialausschuss, ihn nachrichtlich zur geplanten mündlichen Anhörung zum Antrag der Fraktion der SPD „Bürgerfreundliche und verständliche Sprache in der Verwaltung fördern“, [Drucksache 19/980](#), einzuladen.

Die nächste Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses findet am 20. März 2019, 14 Uhr statt.

Schluss: 18:05 Uhr

gez. Dörte Schönfelder